

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

15 (20.1.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. An der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins K. u. g. gebracht, Nr. 327 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber;
für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wagh; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Sterne und Blumen“**;
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familienkreis“**.

Verantwortlich für Anzeigen und Meldungen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

Anzeigen: Die sechsspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Melamen 60 Pfg. Solalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wagh; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Meldungen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

6. Wie es an den Schulen der Klosterfrauen zugeht!

Die „Bad. Schulzeitung“ bringt in ihrer letzten Nummer (1909, Seite 12) einen Artikel aus Bayern zum Abdruck, den kein gerecht denkender Mensch billigen und woffieren lassen kann.

Der Fall ist folgender: Eine bayerische Lehrerin bricht den Stab über eine bayerische Klosterfrau, in der sie selbst einst ihre Studien machte und sich für ihre Examen vorbereitete. Ihre einstigen Lehrer und Lehrerinnen sind nach ihrer Schilderung der Ausbund der Borniertheit und Engerbzigkeit nach jeder Richtung, unfähig und unwissend in Unter-richt, unfähig und tyrannisch in Erziehungsfragen. Schade, daß die lebenswürdige Dame unter einem Pseudonym schreibt! Schade, daß sie der Welt nicht berichtet, in welchem Winkel Bayerns sich ein solches Institut befindet! Das sollte man wissen, damit die Wahrheit der Angaben geprüft werden könnte und damit Herabwürdigung und Kulturwelt gegen eine solche Stätte der Unkultur vorgehen könnten. Es ist mir Ernst, Sonderbar ist auch, daß die Kollegin ihr staatl. Examen bestand, obwohl sie ihre Vorbildung an einer Anstalt empfing, die nach ihrem Bestehen auf dem Bildungsweg steht. Doch, das alles nur nebenbei! Wir möchten dazu bemerken, daß unseres Wissens derlei Artikel in den ungläublichen Schmeicheleien über Goethe, Schiller, Friedrich den Großen z. z. schon vor Jahren durch die Blätter ging. Wir glauben nicht, daß er von einem Wunschen stammt, das eine seiner Feiern zu diesem Artikel misbraucht hat, sondern halten dafür, daß er eine ganz gewöhnliche anti-katholische Waise ist, die man von Zeit zu Zeit herabporrt, um damit Hegelei auch sozialistische Kulturkampfer hereinzuwerfen. (D. M.)

Diesem noch gar nicht geklärten Einzelfall greift nun die liberale bayerische Lehrerversehung auf und verallgemeinert ihn. Sie will „mandem zweifelnden Kollegen ein richtiges Bild von den leitenden Ideen dieser Anstalten“ durch obigen Fall gegeben haben. Sie fällt her über den „finsternen Geist dieser Klosterfrauen“ und leistet sich am Schluß folgende Definition dieses „Klostergeistes“: „Er ist der Geist der Verdrümmung der Aneignung der edelsten menschlichen Triebe, der Geist der Verneinung der Liebe zum Vaterland und der Erbschütterung der Ehrfurcht vor den Eltern; kurz der Geist der Unterdrückung der bestigen Gefühle, die jede Menschenbrust erfüllen sollten.“

Sind das nicht empörende und unqualifizierbare Anwürfe? Und diese machen sich auch die „Bad. Schulzeitung“ zu eigen und trägt sie den badischen Lehrern auf. (Der Redakteur der „Bad. Schulzeitung“ ist Evangelien-Bünder und versteht, wie er schon öfters bewiesen hat, von solchen Dingen nichts. Vor merkwürdig, daß sich die kath. Lehrer eine solche Aufklärung gefallen lassen. (D. M.) Diese Beschimpfungen sollen also auch die badischen Institute der Klosterfrauen über sich ergehen lassen? Sind denn die Kolleginnen im Schilde vogelfrei? Auferweckt man ihnen gegenüber nicht die Pflicht der Wahrhaftigkeit? Ist sich denn die Lehrerversehung gar nicht dessen bewußt, welche Verleumdungen sie durch solche Amortie nicht nur unseren Berufskollegen und anerkannt tüchtigen Ordenslehrerinnen ins Gesicht schleudert, sondern der gesamten katholischen Bevölkerung des Landes, den zahlreichen Eltern der Böglinge, den vielen Lehrern, die ihre Kinder dieser Anstalten anvertrauen? Und schämt sich kein Lehrer, empor zu stehen als solcher journalistischer Gepflogenheiten der Fachpresse? Ist das ehrliche und gebildeten Männern geziemende Verfahren? Und wie, wenn wir den Vieh und die Hunde würden? Man hat im Laufe der Jahre schon manchmal aus besser Quelle, aus Lehrerkreisen selbst, geradezu vernichtende Urteile über das Wissen, das Können oder über die Erzieherqualifikation einzelner Lehrer ausgesprochen werden würde: „So sind die Lehrer, so sind sie alle!“ Was würde die Lehrerversehung zu solcher Logik und zu solchem Unrecht sagen? Eine Antwort ist unnötig. Sie liegt für jeden denkenden und taftvollen Menschen auf der Hand.

Wahrlich, wenn im ganzen Lande alle Lehrkräfte mit gleich heiliger Berufsauffassung, mit gleich selbstloser Hingabe an den Beruf, mit gleich unmaßlichem Fleiß, mit gleich regem Bildungsstreben und mit gleichem Fortbildungseifer arbeiten, wie es unsere badischen Lehrerinnen in ihren Instituten tun, dann wird Bildung und Erziehung unserer Jugend nie Not leiden. Man frage die Behörde über diese Anstalten und nehme Einsicht von den Akten dieser Institute und beachte sich ihr Wirken und ihre Erziehungsresultate, und dann, wenn man die Schenkklappen vom Gesicht gezogen hat, urteile man.

Ich bin in der Lage, einige Detailangaben über den Geist der „Verdrümmung“, der an den Klosterfrauen angeblich herrscht, machen zu können. Ich habe zunächst ein Institut unseres Landes im Auge; von den anderen ist mir in der Hauptsache ein Gleiches bekannt.

Die Klosterfrauen begnügen sich nicht mit ihrem staatlichen Examen, sondern sie bilden sich andauernd fort. Sie lesen Zeitungen und Fachzeitschriften, auch solche aus nichtkatholischen Lagern. Sie studieren zur Vertiefung und Abrundung des Urteils größere Geschichtswerke, auch solche mit gemischten Tendenzen. Nicht wahr, das ist ja gerade „dumm“ und „rückständig“ und „einseitig“? Gegenwärtig arbeiten die Klosterfrauen des betreffenden Instituts Konferenzvorträge über den deutschen Unterricht aus, um in diesem Unterrichtsfach das Wissen und die Methodik aufzufrischen. Bereits sind vier Vorträge gehalten und in anregender Diskussion durchgesprochen. Schredlich rückständig! In einem zweiten Vortragszyklus repetiert das Klosterpersonal dieses Jahr die Psychologie. Nicht wahr, lauter Verdrümmungsgeist! Die größeren Böglinge befinden bei Gelegenheit außerordentlich der Anstalt wissenschaftliche Vorträge und gehen auf den Rat der Klosterfrauen ins Theater, wenn gute Stücke gegeben werden. Ich denke jetzt nicht an den Theaterbesuch während der Ferienzeit, sondern an den Besuch während der Schulzeit und vom Institut aus. Nicht wahr, eine fürchterliche Engerbzigkeit und Weltfremdung!

Das sind einige Bilder von der „Verdrümmung“ in unseren Klosterinstituten. Vielleicht hat die Redaktion der „Schulzeitung“ so viel Gerechtigkeitssinn, daß sie diese Angaben abbrückt. Wenn sie aber an der Wahrheit seiner Schilderung zweifelt, so möge sie sich bei der Redaktion des „Bad. Beob.“ die Adresse verschaffen und kommen und sich über das Gelegte vergewissern.

In diesem Geiste wird unterrichtet an diesen Anstalten; und der Geist, in dem erzogen wird, ist kein anderer als der Geist der christlichen Glaubens- und Erziehungsideale. Die Erziehung ist die von den katholischen Glaubensgrundsätzen getragene Charakterbildung. Nicht Bi-gotterie und Kopfhängererei und andere Schablonen und Ueberhäufung mit äußeren Religionsübungen gilt in diesen Anstalten als Kern der Erziehung und der Tugend. Diese Meinung ist auch eine der vielen falschen Ansichten über die Klosterfrauen und ihre Erziehungsmarine. Die Klosterfrauen erziehen sich und ihre katholischen Böglinge nach dem katholischen Katechismus. Und das ist ihr Recht und ihre Pflicht, wie es die Pflicht eines jeden katholischen Lehrers und einer jeden katholischen Lehrerin ist, wie es die Pflicht eines jeden Katholiken ist. Und ist eine echt christliche und echt katholische Erziehung nicht die Pflege bestiger Gefühle in der Kindesseele? Jahraus, jahrein müssen sich die Klosterfrauen ab, nach den Forderungen des Christentums und der Kirche Ehrfurcht vor Gott und allen seinen Stellvertretern und christliche Liebe ins Kindesherz zu pflanzen und erblühen gerade hierin die Segens-feime einer tiefsten christlichen Erziehung, Segens-feime für Familie, Heimat und Vaterland. Und nun kommt die Lehrerversehung und schleudert diesen Frauen — und damit auch Katholiken — die Beleidigung ins Gesicht, daß in diesen Anstalten die Ehrfurcht vor den Eltern erschüttert und die Liebe zum Vaterland verneint werde. Und diese Presse frönt ihre Anwürfe mit dem Satz: „Wage ein kluges Gesicht und du wirst bewahren, daß dieser Klostergeist ein entscheidenden Einfluß in unserer deutschen Volksschule gewinne.“ Das ist ein hartes Stück. Jeder charaktervolle Katholik muß sich solche Beleidigungen verbitten. Die Mächte, die an der Untergrabung der bestigen Gefühle unserer Jugend arbeiten, sitzen nicht in unseren Klöstern und sind nicht in den Reihen der überzeugten Katholiken zu suchen und zu finden. Diese Mächte sitzen in anderen Lagern.

□ Auch ein Kulturbild vom Amt Weiskirchen.

Vor kurzem wussten liberale Blätter auf Grund von Schöffengerichtsurteilen ein trauriges Kulturbild vom Amt Weiskirchen zu malen, wobei einige Frauenpersönlichkeiten, die man dem Zentrum an die Noschhöbe hängte, besonders schwarz gemalt wurden. Man unterschob ihnen Verweigerungen, die in der Tat nicht eede, aber wie wir hören, nicht der Wahrheit entsprechend waren. Es ist eine sehr leichte Sache, einem anderen Beweggründe anzuhängen und darauf ein Urteil zu bauen. Die Phantasie hat hier weitesten Spielraum! Für liberale Blätter war es ein gefährliches Unternehmen, ein solches Kulturbild vom Amt Weiskirchen zu malen; das liberale Lager reißt förmlich, mit liberalen Kulturbildern aus dem Amt Weiskirchen zu antworten. Wir unterliegen es damals.

Nun hat aber in der letzten Woche vor demselben Weiskircher Schöffengericht sich ein Prozeß abgepielt, den die liberale Presse nicht hätte übersehen dürfen. Es handelte sich um einen tot al. Pfarrrer und noch dazu um einen Pfarrrer, der an 10 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Ein wahrer Leberbissen für eine liberale Seele!

Das „Heuberger Volksblatt“ Nr. 5 berichtet über den

Lebensstand.]
Es war im Monat September vorigen Jahres, als sechs Karlsruher Bürger im Alter von 17—23 Jahren nachmittags in die Christenlehre kamen, abgleich sie nach ihrem eigenen Geständnis sonst nie in dieselbe gingen. Sie polterten dabei die Stühle zur Empore hinauf in einer Art und Weise, wie es ankündigen konnten nicht zucht. Die bereits in der Kirche Versammelten drehten sich alle um und schauten, vor die Störung verurteilt. Oben auf der Empore benahmen die jungen Leute sich erst recht unanständig, sie legten den Kopf auf die Hände, breiteten die Arme aus, lachten und schwiigten. Jeder Unparteiliche, der die geistige Verbanlung verfolgte, hatte das Gefühl, daß die Burden einzeln und allein mit dem Vorzug die Christenlehre besuchten, um den Pfarrrer zu ärgern. Vormittags nach der Predigt hatte derselbe nämlich wegen eines in der Gemeinde vorgekommenen Ungeheuers das allgemeine Gebet verrieten lassen, ohne sonst jedoch irgendwelche weitere Bemerkung zu machen. Darauf hin haben die 6 Betroffenen ausgemacht, heute mittag gehen wir in die Christenlehre, wie sie lagten jedoch nur aus Wunden, daß sie den Pfarrrer ärgern wollten, haben sie unter Eid bestritten, obwohl später ein Junge namens Ewald Stabler, ein 68jähriger Mann, bestimmt und präzis erzählte, daß sich der Pfarrrer nicht in der Kirche befand, sondern in der Wohnung des Pfarrers verhielt, vorher äußerte: „Wir gehen heute nicht in die Christenlehre, da schimpft der Pfarrrer noch ärger als heute vormittag, aparis (gleichbedeutend mit besondres) wenn wir das „Männle“ noch ärgern.“ Jeder Unparteiliche hätte das Gefühl, daß in der Tat auch der Vorzug der 6 Burden gemeinsam ausgemachte Sache war und daß der Plan bestand, den Pfarrrer zu reizen, wenngleich die beiden vor Gericht nicht mehr von diesem Plane wussten.

Pfarrrer Weber brauchte nun in der Erregung über dieses ungebührliche Benehmen den Ausdruck: „Wer sich heute mit wie ein Lausdub, den behandle ich wie einen Lausdub!“ Darüber waren die edlen Seelen beleidigt, d. h. sie mußten beleidigt sein, weil es die Feinde des Pfarrrers so wollten. Es hieß, der muß aufs Bank, wo ich auch schon gelesen bin, als ich den Pfarrrer beleidigte. Und wer ward, der das größte Interesse daran hatte, daß eine Klage anhängig gemacht wurde? Eine liberale Größe! Das „D. B.“ schreibt darüber:

„Der Weiskircher Pfarrrer, der Vorstand des liberalen Vereins Karlsruher, bezieht sich zu den beteiligten Burden, aber einige derselben ein, mit ihm nach Konstanz zu fahren um die Klage gegen den Pfarrrer anhängig zu machen. Auch eine liberale Größe von Weiskirchen habe sich angeschlossen, um den Weg zu weisen und die willkommene Aktion gegen Pfarrrer Weber einzuleiten.“
Zwei von den sechs genannten Burden mußten sich an der Beilegungssache gegen den Pfarrrer entschließen: Der Bürger, obn Otto Schreiber, Ruier und der Dienstrecht Joh. Steimer von Denndach, die vier übrigen sollten als Zeugen auftreten. Schreiber nahm jedoch wieder Abstand von seiner Klage und zwar aus Ansehen seiner Eltern, wie er sagte. Wir sind der Ansicht, daß dieser Entschluß mehr wie nutz war, denn es wäre doch mehr wie annäherd herausgenommen, wenn Schreiber gegen sei ein Pfarrrer Klage geführt hätte, während er selbst gegen Pfarrrer Weber die roheten Beleidigungen im Wortlaut zum „Männle“ ausgesprochen hat. Adierwies Lager behauptete nämlich, daß Schreiber sich gekümmert habe, wenn das Böhle (gemeint ist der Pfarrrer) auf die Klage hin überkaufen wäre, dann wüßte ihm das gegen, er gehöre angel. . . .“
Das sind doch Blüten einer Kultur, auf die jeder Liberale stolz sein müßte! Oder nicht? Und es wäre ein großes Unrecht gewesen, wenn der Böhle Pfarrrer nicht aufs Bank genommen wäre! Oder nicht? Es hat sich also einer gefunden, der Klage, die übrigen traten als Zeugen gegen ihren Pfarrrer auf. Das kommt nicht überall vor.

Bei der Verhandlung wurde zugeordnet festgestellt, daß die Burden sich ungebührlich benahmen, von der Empore herab den Pfarrrer auszulachen, daß sie die Stühle hinstampften, daß man hätte meinen können, sie hätten Holzschuhe an; ein Junge verließ das Geopolter mit Verbeugung. Einer der sechs Beteiligten gab selber zu, daß sie „fest“ die Stühle hinaufgeworfen seien. Und nun verweigert man sich in dieser Situation braucht der Pfarrrer in der Erregung ein hartes Wort, er wiro we, ein Beleidigung angeklagt und zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilt.

Wir wollen das Urteil seiner Kritik unterziehen, obgleich man sehr wohl der Meinung sein kann, daß hier gleich Freisprechung erfolgen müßte, da festgestellt wurde, daß die Burden es darauf abgesehen hatten, den Pfarrrer zu ärgern, doch auch der Richter nicht ungeschult, man irren, davon ist auch der Laienrichter nicht ungeschult, namentlich dann nicht, wenn er sich vor die Aufgabe gestellt sieht, zwischen objektivem und subjektivem Empfinden eine gewisse Grenzlinie zu ziehen. Es wird ihm nicht immer gelingen. Wie oft das in Weiskirchen schon der Fall war, wollen wir nicht unteruchen.

Wiel schwerwiegender als das Urteil ist aber die Tatsache, daß der Vorstand des liberalen Vereins zur Klage aufgefordert hat. In diesem Falle hätte in einer anderen Sitzung auch ein Gegner des Pfarrrers angeklagt: der Pfarrrer hätte vielleicht nicht diesen Weg beschritten sollen; aber nachdem ihm einmal in der Erregung das beleidigende Wort entfahren, sollens die Burden nur einschicken, eine Klage haben sie verdient. Sie dürfen froh sein, daß sie der Pfarrrer nicht zur Klage brachte. Das hätte, wie gesagt, auch ein Gegner des Pfarrrers

sagen können, wenn er nicht von blinder Parteileidenschaft beherrscht gewesen wäre. Im Amt Weiskirchen erwartet man eine solche Objektivität bei dem Liberalen oft vergebens! Wenn es da Gelegenheit gibt, dem Pfarrrer ein auszumischen, läßt sich der Liberale nicht leicht entgehen, dafür sorgt schon die Führerschaft. Man meint bei reiflicher Ueberlegung des Falles förmlich, es gehöre zur Förderung und Befestigung des Liberalismus, die Autorität des Schöffengerichts zu untergraben. Was wird der Ausgang des Prozesses auf die jungen Leute für einen Eindruck machen? Der Pfarrrer kann uns nicht anhaben, wir mögen in der Kirche treiben, was wir wollen! Und sie werden womöglich noch ärger treiben als die berühmten Sech, in der Ueberzeugung, daß sie sich vom Pfarrrer nichts bieten lassen müssen. Das ist doch eine Perspektive, die auch einem liberalen Mann bei nächster Gelegenheit die Schamröte ins Gesicht treiben kann, wenn er sich sagen muß: das ist das Verdienst eines Liberalen.

Doch wird es sich empfehlen, daß der nun bekräftigte Pfarrrer in künftigen Fällen einfach Anzeige erstattet. Man wundert sich jetzt schon im Bezirk Weiskirchen, daß die Burden so ganz und gar unbedeutend ihren Unmut ausüben konnten. Mit Recht bemerkt das „Heuberger Volksblatt“, daß an allen anderen Orten (sogar in Weiskirchen) die Burden vom Bürgermeister mit einem recht empfindlichen Strafzettel bedacht worden wären. Vielleicht erkundigt sich das Bezirksamt, warum nichts geschehen ist. Vielleicht erinnert sich auch der Staatsanwalt daran, daß im Reichsstrafgesetzbuch der § 167 bestimmt:

„Wer in einer Kirche . . . durch Erregung von Unruhm oder Unordnung den Gottesdienst oder einzelne Gottesdienstliche Verrichtungen einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft vorhält . . .“ hört, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

Wollen die liberalen Blätter nicht auch von diesem Kulturbild aus dem Bezirk Weiskirchen Notiz nehmen? Es könnte ihnen und ihrer Sache gewiß nicht schaden!

Deutschland.

Berlin, 19. Januar 1909.

Präsidentenwahl. In parlamentarischen Kreisen wird sehr oft darüber gesprochen, daß beim Ordensfest am vergangenen Sonntag Reichstagskanzler Fürst Bismarck nicht anwesend war, sowie auf die Tatsache hingewiesen, daß derselbe vom Kaiser nie mehr zur Freifürstentafel hinzugezogen wird.

Der konservative Abgeordnete von Bayreuth tritt am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus nach seiner Staatsrede einen leichten Salaaufzug; sein Befinden ist ein zufriedenstellendes.

Die Reichstagswahlen am 15. Januar 1909 folgendes zu erörtern: Ich habe mir nicht erlaubt, Euer Hochwohlgeboren zu bitten, sich über Ihre parlamentarische Tätigkeit mit meiner Mandantin, Fräulein Desmond, direkt oder indirekt in eine Korrespondenz einzulassen. Ich danke Euer Hochwohlgeboren vielmehr — und dieses Gründe erlaube ich mir nun nochmals an Euer Hochwohlgeboren zu stellen — von der Tribüne des Parlamentes die Güte meiner Mandantin, die Sie auf's schwerste beleidigt haben, wieder herzustellen, oder: die gegen meine Mandantin erwo einen Vorwürfe außerhalb des Abgeordnetenhanes zu wiederholen; damit meine Mandantin in der Lage ist, den Schutz der verletzten Ansehens zu nehmen.“ Der Abg. Hören wird wohl hierauf keine Antwort geben.

Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei, der aus den Mitgliedern des Reichstages und Landtags, sowie aus je zwei Delegierten der Bezirks- und Provinzialverbände der Partei besteht, war am Samstag nachmittag im Reichstagsgebäude zu einer zahlreich besuchten Sitzung zusammengetreten. Der Vorsitzende, Abg. Schmidt-Gerber, teilte mit, daß Abg. Dr. Müller-Sagan, der bisherige Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses aus Gesundheitsrücksichten aus der Parteileitung ausgeschieden ist. Durch Aktion wurde Abg. Träger in den geschäftsführenden Ausschuss gewählt. Zum Vorsitzenden ist der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Fißelbeck, gewählt worden und zum stellvertretenden Vorsitzenden Abgeordnete Dr. Biemer.

Eine lobenswerte Verjüngung hat die Münchener Polizeidirektion erlassen: Sie erklärt, daß sie Vorträge über sexuelle Massenaufklärung von gewerbsmäßigen Wanderverrednern beiderlei Geschlechts nicht mehr zulassen werde, seien es Laien oder Ärzte oder sonstige wissenschaftlich gebildete Personen. Diese Vorträge würden nicht so sehr zur Verjüngung eines ernen Wissensdrangs als vielmehr zur Unterjüngung der sinnlichen Neugier und Sensationslust, sowie der deutlichen Absicht des Geldverdienens gehalten. Die Aufklärungsarbeit auf diesem Gebiete sei Sache des Hauses, der Schule und Universität. Es werden künftig geschlossene oder öffentliche Vorträge für Erwachsene nur zugelassen in jenen Münchener Vereinen, die auf den einschlägigen Gebieten mit Unterstützung der Ärzte, Hygieniker, Schulmänner usw. seit längerer Zeit

allgemein anerkannte Tätigkeit einfallen haben. Der Beschluss der Reichsleitung wäre vorbildlich für andere Städte, in denen oft die unglaublichen sozialen Bedenken vor der weitesten Öffentlichkeit und von irgend welchen unbekannt Individuen „ohne Anstand“ zugelassen werden.

Angewandte Angriffe auf oberösterreichische Zentrumsführer. Eine Reihe von Blättern stellt systematisch die Behauptung auf, der Abg. Erzberger habe „oberösterreichische Zentrumsführer“ als diejenigen Kreise bezeichnet, welche in der „Reichspost“ zu Wien die Angriffe gegen den Fürsten Bilow unternommen hätten; diese Behauptung ist falsch. Diese Zeitungen scheinen nicht mehr lesen zu können. Es wurde gesagt, dass kein Zentrumsgesandter und kein Zentrumsmann diese Artikel geschrieben habe, wohl aber händeln oberösterreichische Magnaten diesen Angriffen nicht fern. Für jeden Magnaten erwidert sich daraus von selbst, dass es sich um keine Zentrumsgesandten handelt; denn in Österreich sitzen auch Magnaten, die weder dem Zentrum angehören, noch katolisch sind, die aber dem Fürsten Bilow spinnfeind sind. Mit solchen Fälschungen, wie die oben gekennzeichnete, muß die gegnerische Presse arbeiten, um dem Zentrum am Zeug fäden zu ziehen.

Es ist daher auch durchaus unzutreffend, wenn die „Kreuzzeitung“ in einem Artikel, in welchem sie aus durchsichtigen Gründen Erzberger „den“ Führer des Zentrums nennt, u. a. schreibt:

„Wie sicher sich Herr Erzberger fühlt, geht schon aus seinem Angriff gegen die oberösterreichischen Zentrumsführer in der liberalen „Neuen Freien Presse“ hervor, den er bisher mit keinem Wort zurücksagen hat und der ihm sogar von dem Breslauer Zentrumsblatte die Begrüßung eines denkwürdigen Zuges zugezogen hat. Wenn die Oberösterreicher ihm das alles hingehen lassen, wird man künftig die Zentrumsfraktion des Reichstags als unter liberaler Führung stehend ansehen müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man diese Führerschaft schon deshalb gern anerkennt, weil sie dem konservativen-liberalen Block gefährlich werden kann, und dann wäre allerdings die Bezeichnung des Herrn Erzberger als eines „einfach terriblen der Partei“ beinahe das Zugeständnis, daß er die Wahrheit ausgesprochen hat.“

Diese Stelle des Artikels, wie der ganze Artikel ist nichts als Kombination auf einem Gebiete, auf welchem sich die „Kreuzzeitung“ nicht auskennt. Unsere Darlegung, daß Erzberger gar nicht von Zentrumsführern in Österreich gesprochen hat, stammt aus dem Korrespondenzbüro des Herrn Abg. Erzberger selbst.

Der Reichstagsrat hat im dreißigsten Abgeordnetenhaus gestern eine sensationelle Rede gehalten. Die Rede galt zunächst dem Zweck, die Konventionen der Reichsversammlung im Reichstag geneigter zu machen. Er betonte gegenüber einer Rede des konservativen Abgeordneten von Vöppingen, es sei Pflicht aller Parteien, praktische Politik zu treiben und Opfer zu bringen. Er sucht also vom Abgeordnetenhaus aus auf die Konventionen im Reichstag einen Druck auszuüben. Sodann sprach der Kanzler auch von der Sparfrage. Er war dabei diesmal etwas bestimmter als im Reichstag und nannte Gebiete, auf welchen Ersparnisse gemacht werden könnten. Der Teil der Rede, welcher am meisten politisches Aufsehen macht, ist der über die Ereignisse im November vorigen Jahres. Es war eine förmliche Verteidigung seines damaligen Verhaltens. Nachträglich bekannte er sich bei diesem Anlaß, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, wieder zu dem Satz: „Ich habe alles getan, seitdem ich im Amt bin, um als verantwortlicher Kanzler den Kaiser zu stützen, um ihn vor Missverständnissen zu schützen, sein Verhalten zu erklären und zu rechtfertigen. Aber ich habe auch dafür zu sorgen, daß zwischen dem Kaiser und den Wünschen des Landes nicht ein Zwiespalt entsteht, der für beide verhängnisvoll werden könnte, und daß beide nicht einander irre werden und daß die Verfassung nicht nur dem Buchstaben, sondern dem Geiste nach aufrecht erhalten bleibt.“

Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt dazu: „Das war eine Verteidigung des Sages, daß die beste Bedingung der Hied ist, aber es war auch ein Hinweis zum Festhalten an den konstitutionellen Zusicherungen, die Wilhelm II. am 17. November gegeben hat. Er wird ein Streikfall auf einen wichtigen Teil der politischen Situation, daß Bilow diese Verteidigung und dieses Bekenntnis nur notw. endig gehalten und sich schnell dazu entschlossen hat.“

Hängen damit die neuerlichen Gerüchte über eine Kanzlerkrisis zusammen?

Band deutscher Redakteure. Im Reichstagsgebäude traten am Sonntag, den 17. d. M., Vertreter journalistischer Verbände und zahlreicher Zeitungsredaktionen zusammen, um eine Zentralorganisation aller im Hauptberuf als Journalisten tätigen Redakteure und angehenden Mitarbeiter zu gründen. Die Verhandlungen leitete der Vorsitzende des Vereins deutscher Redakteure, Gheffredauer ten Brink (Worms, Berlin). Ein Statutenentwurf, welcher in einer vorbereitenden Versammlung in Kassel feigehtelt worden war, wurde angenommen. In den Hauptvorstand wurden bis zur nächsten Generalversammlung, welche an Ostern stattfinden soll, gewählt: Gheffredauer Dr. Gernes (Kreuzzeitung, Berlin) als Vorsitzender; als stellvertretende Vorsitzende: Gheffredauer ten Brink erster, Gheffredauer Dr. Jacobi („Hann. Kurier“) zweiter, Alex. Gieren („Frankf. Ztg.“) dritter. Schriftführer sind Max Vacker und Max Arendt, Sachverständiger Wöhner; letztere bilden mit dem ersten Vorsitzenden den Geschäftsführenden Ausschuss, welcher seinen Wohnsitz in Berlin haben muß. Als Vertreter der Einzelmitglieder fungieren v. Puttkammer (Dresden), Grassmann (Offenbach) und Scheel (Mannheim).

Zwei neue 25-Pfennigstücke. Dem Reichsanzeiger zufolge hat das Reichsgericht, das über die Entwürfe für ein neues 25-Pfennigstück entscheiden sollte, den ersten Preis mit 2000 M. August Häußler in Bellingen in Würtemberg zuerkannt, den zweiten mit 1500 M. Hugo Kaufmann in Berlin, den dritten mit 1000 M. Karl S. Kraumann in Frankfurt a. M.

Ausland.

Balkanstaaten.

Die Lage auf dem Balkan. Nach Meldungen aus Nowibazar herrscht dort große Unruhe infolge von Machenschaften österreichischer Agenten (?). Das jugoslawische Komitee will einen Delegierten dorthin entsenden, um sich von der Lage dort zu informieren.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Konstantinopel hatte eine Unterredung mit den Mitgliedern des Boykott-Komitees. Diese erklärten, daß der Boykott sofort nach der amtlichen Veröffentlichung des türkisch-österreichischen Abkommens eingestellt werden würde. — Aus Belgrad wird vom

19. d. M. gemeldet: Hier hat gestern unter dem Vorsitz des Kriegsministers und im Beisein des Kronprinzen ein Kriegsrat stattgefunden, an welchem alle telegraphisch berufenen Divisions-Kommandanten teilnahmen. Es zirkulieren allerhand Gerüchte, wonach die Kriegspartei die Oberhand gewonnen haben soll, und vom Kriegsrat sehr ernste Beschlüsse gefaßt wurden. — In den nächsten Tagen wird die Regierung neuerdings ein Memorandum an die Großmächte richten, in welchem der Standpunkt Serbiens gegenüber der Anexion Bosniens und der Herzegowina festgelegt und ebenso erklärt wird, daß Serbien keineswegs auf eine territoriale Kompensation verzichten könne.

Das Kriegsgeheimnis will nicht vom Balkan weichen. Die kriegerischen Maßnahmen der Türkei gegen Bulgarien sehen sehr ernst aus und lassen deutlich erkennen, daß die Türkei in ihrem neu erlangten Selbstgefühl nicht gesonnen ist, gutwillig auf das zu verzichten, was sie für ihr Recht hält. Auf bulgarischer Seite aber besitz man sich mit dem Entgegenkommen nicht fonderlich, und Wladimir, der als Spezialgesandter Bulgariens zum Zwecke einer Verständigungsaktion nach Wäternmeldungen schon längst nach Konstantinopel gefahren sein sollte, befindet sich, wie jetzt verlautet, noch immer in Sofia. Die Mächte haben dem auch den Ernst der Lage erklärt und dringende Vorstellungen in Sofia und Konstantinopel gemacht, daß man dort mit seinem Angebot hinaufgehe, hier die Ansprüche herabsetze. — König Karol von Rumänien wies in seinem Neujahrsgesandtschaftsbrief auf die Möglichkeit einer Waffenprobe hin. Daß die Türkei auch Serbien und Montenegro nicht aus dem Auge läßt, beweisen die Truppenbewegungen in dem Sandtschak. Der Deputierte Zmail Goffi tritt im „Tamm“ sogar dafür ein, daß bei der Entente zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei gegenseitige Garantien festgelegt werden, um den Ansprüchen Serbiens und Montenegros einen festen Damm entgegenzusetzen.

Frankreich.

Von einer neuen Desertion in der Fremdenlegion läßt sich der „Matin“ aus Oran melden: 12 Soldaten des 2. Fremdenlegions-Regiments, sämtlich Deutsche, desertierten mit Waffen, Munition und sonstiger Ausrüstung. Dann flüchteten sie in nordwestlicher Richtung, folgten dem Sur-Rat und gelangten 100 Kilometer bis zum Fuße des Atlasgebirges. Sie durchzogen daselbst Gebiet, welches im September die Kolonne Ali durchstreift hatte und welches sie genau kannten. Sie wurden jedoch von Eingeborenen angefallen, welche sofort den Rufen von Wunden benachrichtigten. Befestigung blieb abzuwarten.

Bestere Ansichten der Bevölkerungsentwicklung werden der „Straßb. Post“ aus Paris gemeldet. Im ersten Halbjahr 1907 wurden in Frankreich 55 070 Todesfälle mehr als Geburten verzeichnet. Dello freundiger wird jetzt eine Mitteilung des „Journal officiel“ begrüßt, wonach im ersten Halbjahr 1908 die Zahl der Geburten die der Todesfälle um 11 066 übersteigt. Einzelne haben die Todesfälle abgenommen und die Geburten andererseits zugenommen. Die Zahl der einen ist von 457 752 auf 399 836 gesunken und die der Geburten von 402 745 auf 411 402 gestiegen. Was die Todesfälle betrifft, so wird ihre Abnahme wohl mit Recht der Vermehrung und besseren Einrichtung der Wohlfahrtsanstalten für Arme, Kranke und Greise zugeschrieben. (Daraus geht indirekt aber auch hervor, daß der vorausgegangene Ueberfluß an Todesfällen auf den Mangel solcher Einrichtungen zurückzuführen ist. Und dieser Mangel hinwiederum: ist er nicht eine Folge der freimaurerischen Kulturkampfpolitik, die tausende von Ordensleuten vertrieb und ihre Anstalten schloß, in denen Arme, Kranke und Greise gepflegt wurden, ohne daß die Regierung einen Erfolg dafür zu bieten wußte. Ist das nicht eine bittere Anklage! Die Red.)

England.

Zum Besuch des englischen Königspaars in Berlin. Wie amtlich erklärt wird, beabsichtigen der König und die Königin am 8. Februar von London abzureisen und am 9. Februar in Berlin einzutreffen. Die Rückreise soll am 12. Februar angetreten werden, damit das Königspaar zu der am folgenden Tage stattfindenden feierlichen Parlamentsöffnung wieder in London ist. Die „Westminster Gazette“ schreibt: „Wir haben nicht den Wunsch, Deutschland isoliert zu sehen. Wir haben ohne jeden Groll, wie die Bande zwischen Deutschland und Österreich zum wechselseitigen Vorteil beider Länder und deswogen auch zum Vorteil des europäischen Friedens im allgemeinen stärker wurden. Das ist eine gute Sache, welche die jüngste Krise gezeigt hat, und wir hoffen, sie wird von dauerndem und festigendem Einfluß auf die Angelegenheiten MittelEuropas sein.“

Amerika.

Gegen die Japaner. Im Repräsentantenhaus von Kalifornien wurde in dritter Lesung ein gegen die Japaner gerichteter Gesetzentwurf angenommen, der Ausländern verbietet, in Kalifornien Grund und Boden zu besitzen.

Baden.

Karlruhe, 20. Januar 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gefunden, dem Volkstammführer Georg Mitsch in Heidelberg die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes des königlich sächsischen Kronenordens und des Volkstammführer Silber-Ritter in Mannheim die gleiche Erlaubnis für die königlich sächsische silberne Kronenordenmedaille zu erteilen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Arzt an der Heil- und Pflanzenschule Wiesloch, Dr. med. Paul Wiffel in Wiesloch zum Bezirksarzt in Neustadt und den Ober-Postinspektordirektor Hermann Schneider aus Sanktbrunn zum Ober-Postinspektordirektor bei der kaiserlichen Ober-Postdirektion Karlsruhe zu ernennen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurde der charakterisierter Postbeamter Johann Gruber aus Badstube mit Wirkung vom 1. Februar d. J. ab in einer Extraamtstelle beim Postamt Konstanz etatsmäßig angestellt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen wurde dem Eisenbahnassistenten Heinrich Schnerz im Bundesheim unter Verleihung der Amts-

bezeichnung Betriebsassistent der etatsmäßige Amtsstelle eines Bureau- und Abfertigungsbeamten übertragen und Betriebsassistent Albert Meyer in Immendingen nach Basel versetzt.

Zentrum und Fahrkartensteuer.

Vor einigen Tagen meldete ein telegraphisches Bureau, Sozialdemokraten und Freisinnige hätten in der Kommission für einen Antrag des Zentrums gestimmt, wonach die Fahrkartensteuer in der Weise reformiert werden solle, daß die oberen Klassen entlastet, dagegen 3. und 4. Klasse zur Steuer herangezogen werden sollen. Wir hielten die Nachricht zurück, da sie unmöglich richtig sein konnte. Dagegen haben z. B. „Konst. Ztg.“ und „Landesbote“ — letzterer sogar in einem Leitartikel sofort Kapitäl wenigstens aus der Nachricht geschlagen, daß das Zentrum für eine Erleichterung der 4. Klasse bezw. färfere Belastung der unteren Klassen sei. Wahrscheinlich sei demgegenüber festgestellt, daß das Zentrum in der Finanzkommission des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen eine Reform der Fahrkartensteuer herbeigeführt wird. In welcher Richtung sich die geforderte Reform bewegen soll, ist vom Zentrum nicht ausgesprochen worden; vielmehr wurde der Ansicht Ausdruck verliehen, daß es Sache der Regierung sei, ihrerseits Reformvorschläge vorzubereiten. Wir dürfen somit auch feststellen, daß die Bemerkungen sowohl des „Bad. Landesboten“ als der „Konst. Ztg.“ in diesem Fall völlig unzutreffend sind. Beide Blätter haben sich eine Blöße gegeben und gezeigt, daß sie auch das Unwahrscheinliche als bald bemerken, wenn es sich gegen das Zentrum verhalten läßt. „Gile mit Weile!“

„Man wird sich das merken müssen.“

Die Nationalliberalen empfinden es sehr unangenehm, daß die Linksliberalen auf Gebieten Boden zu gewinnen suchen, welche bisher als „Gebiete“ des Nationalliberalismus galten, wenigstens in den Augen der Nationalliberalen selber. Es ist das sehr bezeichnend. Niemand wird es den Nationalliberalen übel nehmen können, wenn sie davon wenig erachtet sind und dies auch merken lassen. Stellt man sich andererseits auf den Standpunkt der Linksliberalen, so wird man es ebenso begreiflich finden und es ihnen nicht verübeln können, wenn sie ihre Bemühungen fortsetzen, ihren Anhang zu vermehren. So lange das Hochverhältnis besteht und fortbestehen werden soll, wird natürlich ein gewisses Maß von Rücksicht gegenseitig Platz greifen müssen. Wie weit es zu gehen wird, wie viel die eine Partei von der anderen zu erwarten und zu verlangen berechtigt ist, wird freilich schwer festzustellen sein.

Die Versammlung der Demokraten in Emmendingen am 10. Januar war zweifellos ein großer und sehr beachtenswerter Erfolg, zugleich aber auch ein sehr deutliches und interessantes Symptom. Unwillkürlich wird man daran erinnert, daß in dem gleichen Emmendingen vor einigen Jahren das Wort „Reizretterei“ geprägt wurde, um einen energiegelosen Protest dagegen anzufügen, der weitere Stellen schon und nicht ohne Wirkung blieb. Es ist darum sehr bezeichnend, daß dieser demokratische Erfolg für die Nationalliberalen einen recht bitteren Beigeschmack hat. Der Umstand, daß der sozialdemokratische Wortführer Engler von Freiburg gleichfalls auftrat und dabei mit den Nationalliberalen scharf ins Gericht ging, kann natürlich nicht abgemindert und nicht mildern. Es hat sich gezeigt, daß die Partei für den Zug nach links. Hatte auf einem anderen Gebiete des gleichen Wahlkreises eine Versammlung statt, von bündlerischer und konservativer Seite abgehalten, und wären in derselben entsprechende Reden gehalten worden, so hätte sich zweifellos gleichfalls gezeigt, daß auch Stimmung da für den Zug nach rechts. Wenn die Freunde dieses Juges werden und Erfolg damit haben, so kann es selbstredend nur auf Kosten der Nationalliberalen geschehen. Das wird den Nationalliberalen unangenehm sein, allein damit hat es kein Bemerkendes. Sie könnten höchstens lächerlich erscheinen, wenn sie darüber lamentieren oder scheitern wollten. Genau so müssen sie sich auch hinnehmen, wenn die Freunde des Juges nach links mehr Anhänger zu gewinnen suchen.

Das parteiamtliche Blatt der Nationalliberalen hat es besonders übel genommen, daß von demokratischer Seite nicht der geringste Widerspruch dagegen erhoben wurde, daß der Sozialdemokrat Engler über die Nationalliberalen loszog. Auch die „Konst. Ztg.“ stimmt ihr darin zu und sagt drohend:

„Man wird sich das merken müssen.“

Das ist eine große Unbilligkeit und zugleich eine Ungerechtigkeits. Wie in den Verichten ausdrücklich hervorgehoben wird, waren die Nationalliberalen vertreten, auch durch renommierte Kräfte. Ein nationalliberaler Redner hat ja gesprochen. Erhalten es notwendig oder angemessen, die nationalliberale Partei gegen Vorwürfe zu verteidigen, so war dieser nationalliberale Redner an erster Stelle dazu berufen. Die demokratischen Redner konnten ihm ruhig den Vortritt lassen. Unter Umständen müßte es ihnen sogar geboten erscheinen, erst abzuwarten, wie der nationalliberale Redner sich zu den sozialdemokratischen Redner erheben würde. Und nachdem dann der nationalliberale Redner über die Sache vollständig hinweggelassen, konnten doch wahrlich auch sie es so halten.

Dazu kommt aber noch ein anderes. Wenn ein demokratischer Redner den Nationalliberalen gegenüber den sozialdemokratischen Anschuldigungen, ein Amaltdienste leisten wollte, müßte er mit dem sozialdemokratischen Redner polemisieren. Daß ihm das hätte unerwünscht sein müssen, liegt auf der Hand. Es ist auch leicht möglich, daß es zu Weiterungen geführt hätte, die einen gewissen Vorzug in die für die Demokratie sehr wertvoll verlassene Versammlung hätte bringen können.

Endlich ist daran zu denken, daß Demokraten und Sozialdemokraten nach Lage der Dinge bei uns in Baden tatsächlich einander näher durch den Kleinboden nicht geändert. Wenn aber dem so ist, dann kann es kaum ausfallen, wenn etwa die Demokraten in einem bestimmten Falle die Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie der Rücksichtnahme auf die Nationalliberalen vorgezogen hätten.

Was soll nun aber die Eröhrung der „Konst. Ztg.“? Wie und wo soll sie ausgesprochen werden? Gewiß brauchen die Demokraten die Nationalliberalen. Alle Welt weiß, daß die Demokraten, auf sich allein angewiesen, kein einziges Mandat gewinnen könnten. Eben deswegen würde es auch kein besonderes Aufsehen machen, wenn ihnen einmal in einer Wahlkammer kein einziges zufallen würde.

Bräuchen nun aber die Nationalliberalen die Demo-

kraten nicht ebenfalls? Würde den Nationalliberalen von keiner Seite Hilfe gewährt, so würden ihre Mandate auf eine äußerst kleine Zahl zurückgehen. Eine solche Reduzierung wäre für sie noch schlimmer als für die Demokratie das gänzliche Verschwinden.

Ein Zeichen von Mißbilligung gegen die Nationalliberalen

Ist ein Artikel der „Deutschen Reichspost“ Nr. 13, der ihr von einem kirchlich-liberalen Pfarrer zugeht. In dem Artikel wird darüber Klage geführt, daß die Mission gegen früher, wo sie die Hauptrolle war, immer mehr zur Nebenrolle geworden sei im öffentlichen Leben: „Scheinen doch — so heißt es in dem Artikel — nach gerade selbst die verantwortlichen Kreise und maßgebenden Behörden zu Totengräbern aus dem letzten Resten religiöser Meinung werden zu wollen, so wenn in Baden seit einigen Jahren Seelsorgerinnen erlangt sind, durch welche allberühmte fromme Sitten und Gebräuche, die noch im religiösen Volksempfinden ihre Wurzel haben, in rüstigen, losen Kreise alteriert und fast unmöglich gemacht werden. Es kann in Baden vorkommen und kommt vor, daß, wenn die Gemeinden, wie es begreiflich ist, auf die hohen und tief eingewurzelte Sitten des Volksempfindens und der Schulerbegleitung bei Beerdigungen nicht verzichten wollen, sie ihre Toten halbwegs bei Nacht und Nebel bestatten müssen, weil der Lehrer sich einfach auf die Verordnung beruft. So wird bedeutende untergeordnete Mitwirkung der Behörden dem Volke die Religion erhalten.“

Nach der pessimistischen Schilderung der religiösen Lage wird dann gesagt, die Religion könne trotzdem nicht verschwinden aus dem Volksleben, denn die Religion sei nötig.

Aus solchen Ermahnungen — heißt es weiter — und Ermahnungen heraus sind wohl auch die Verbindungen zu beurteilen, die je länger desto lauter und nachdrücklicher die Gründung einer konservativen Volkspartei auf evangelischer Grundlage verlangen und andrängen, ja die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß von liberaler, demokratischer, freisinniger Seite — von sozialdemokratischer ganz zu schweigen — für Religion und Kirche, für Glaube und Christentum nichts zu erhoffen und nichts zu erwarten ist. Die religiös-konservativen Strömungen selbst in solchen Kreisen, die bisher unentwegt etwa zur nationalliberalen Partei gehalten haben, sind nach unseren Beobachtungen stark im Wanken begriffen und es sieht so aus, daß alle die, denen aber die bisherigen Folgen der liberalen Aera für das Schicksal und die Zukunft unserer evangelischen Kirche die Augen schlicht aufgegangen sind, sich für sind in der Forderung: mehr Verständnis und mehr Interesse für die Tätigkeit der Kirche und für ihre Arbeit am Volke!“

Man darf, wie wir schon früher berichtet, nicht daran zweifeln, daß diese Stimmen sehr ernst gemeint sind. Die Schriften des bisher nationalliberalen Pfarrers Karl und die des noch jetzt nationalliberalen Eigentümers Weiland-Weidberg haben ungefähr denselben Gedankengang. Und die Nationalliberalen sind die letzten, die es verkennen, daß hier für sie Gefahren drohen.

Im Fall Anebel-Nebel

liegt eine weitere entscheidende Erklärung des Herrn Stadtpfarrers Anebel vor. Wir werden auf die Sache, die wir heute Nummernausgaben wegen nicht weiter behandeln können, morgen zurückkommen.

Landtagskandidaturen.

* Heidelberg, 19. Jan. Als Kandidat der Konservativen und des Bundes der Landwirte wurde im 55. Landtagswahlkreis (Heidelberg-Land) Parteiführer Wilhelm Schmidt-Heidelberg aufgestellt. Der Wahlkreis fiel 1905 infolge des Wobaldenbundes dem Sozialdemokraten Pfeiffe zu. Die Parteien sind dort ziemlich gleich stark. Bei der ersten Wahl erhielt die Sozialdemokratie 1315, der nationalliberale Kandidat 1283, der Zentrumskandidat 1225, der Antikrist 823 Stimmen. Sämtliche Kandidaturen hatten über 15 Proz. der Stimmen und kamen daher in die zweite Wahl. Die Wahlbeteiligung war nicht übermäßig hoch und betrug nur 78,7 Proz.

Von Seite der Nationalliberalen wurde Bürgermeister Kaltschmidt als Vorkandidat aufgestellt. Man agitiert für ihn schon eifrig. Am Sonntag sprach der jungliberale Professor Wegger in einer Versammlung in Sandhofen, in welcher sich Kaltschmidt vorstellte. Professor Wegger stellte die Tatsachen rein auf den Kopf und wies nach, daß insbesondere „das Zentrum von jeder bestrebt gewesen sei, sowohl im Reich wie im Lande den Stiel des Konfessionskampfes zwischen den Konfessionen zu trennen, um dadurch den Staat durch Uneinigkeit der Bürger zu schwächen, sich aber zu stärken, und wie es dazu jetzt in Baden einen Bundesgenossen in den Konservativen zu finden glaupte, wenn die Ausführungen des Parteiführers Schmidt in dessen Broschüre ernst zu nehmen sind.“

So berichtet die „Heidb. Ztg.“ Nr. 15. Professor Wegger muß das wissen; denn er hat seine Lehrtage in beiden Lagern gemacht; als er noch fremde Hilfe erachtete, hat katolischen Zentrumselementen, nachher bei protestantischen Jungliberalen. Er würden gegen die unweisen und jeder Last ohne irgendwelchen Gehaltigkeiten des Herrn Professors protestieren. Das werden indessen die Pfäizer, die auf unserer Seite stehen, um so gründlicher mit dem Wahlsattel belegen. Wir möchten die Nationalliberalen nur bitten den Herrn Professor Wegger speziell auch in die katolischen Kreise des Wahlkreises zu laden und ihn nicht bloß auf die evangelischen Wähler loszulassen. Auch Bürgermeister Kaltschmidt wendete sich „in schriftlichen Worten“ an die Versammlung und sagte, was er tun wolle, wenn er gewählt werde! Diese Sorge wird ihm höchst wahrscheinlich erpart werden. Als Kommentar zur Rede des Kandidaten sei noch angeführt, daß Herr Hauptlehrer Wunich nachher sagte, „daß nicht jeder ein gottbegnadeter Redner sein könne, und darauf komme es auch nicht immer an. Es wüßten schlichte, überzeugungstreue Worte mehr als mit gelehrten Worten gepackte Vorträge, denen man wohl das Studierte, aber keine Erfahrung entnehmen könne.“ Das erzie war wohl auf Herrn Kaltschmidt gerichtet, das letztere von dem „mit gelehrten Worten geschmückten Vorträgen“ auf Herrn Professor Wegger.

Parteiführer Schmidt ist ein ebenso tüchtiger als beliebter konservativer Mann.

Die Tagung der Landwirtschaftskammer.

In den Tagen vom 3. und 4. Febr. hält die Landwirtschaftskammer in Karlsruhe im großen Rathsaussaal ihre dritte ordentliche Tagung ab. Auf der Tagesordnung steht: Bericht über die seitiger Tätigkeit, Erhebung einer Umlage, Aufstellung des Voranschlags für das Jahr 1909, Anfrage Großh. Ministeriums des Innern betr. Förderung der Hindviehzucht, Zuwahl von Mitgliedern, sowie Wahl der Mitglieder zum Badischen Ehrenrat. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Die badische Landwirtschaftskammer beschäftigt am landwirtschaftliche Dienstboten.

